ANTRAG

der Abgeordneten Barbara Becker-Hornickel, René Domke und David Wulff, fraktionslos

Anerkennung des Zusammenschlusses der Abgeordneten Barbara Becker-Hornickel, René Domke und David Wulff als Parlamentarische Gruppe „Gruppe der FDP“ sowie Gewährung von parlamentarischen Rechten und angemessener Ausstattung für diesen Zusammenschluss

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Abgeordneten Barbara Becker-Hornickel, René Domke und David Wulff wurden über einen gemeinsamen Wahlvorschlag der Freien Demokratischen Partei Mecklenburg-Vorpommern für die Dauer der 8. Legislaturperiode in den Landtag gewählt.
2. Bis zum 10. Mai 2025 waren diese drei Abgeordneten Teil der FDP-Landtagsfraktion. Durch den Austritt der Abgeordneten Sandy van Baal hat diese ihren Fraktionsstatus verloren.
3. Es existiert weder eine andere Fraktion noch ein anderer Zusammenschluss aus Mitgliedern der Freien Demokratischen Partei.

II. Der Landtag erkennt den Zusammenschluss der drei Abgeordneten der FDP Barbara Becker-Hornickel, René Domke und David Wulff als Parlamentarische Gruppe an. Die Parlamentarische Gruppe trägt den Namen „Gruppe der FDP“.

- III. Für die Parlamentarische Gruppe gelten, begrenzt auf die Dauer ihres Bestehens, längstens jedoch bis zum Ende der 8. Legislaturperiode, ergänzend zu den in der Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern (GO LT) verankerten Rechten für fraktionslose Abgeordnete, folgende Regelungen:
1. Die Parlamentarische Gruppe hat auf Antrag das Recht, im Petitionsausschuss und in drei weiteren ständigen Ausschüssen mit einem beratenden Mitglied samt Stellvertretung vertreten zu sein. In diesen Ausschüssen gelten die in den §§ 13 Absatz 2 und 3, 14 Absatz 1 Satz 2, 15 Absatz 5 und 8, 22 Absatz 3 und 24 Absatz 2 GO LT für Fraktionen geregelten Rechte entsprechend. § 11 Absatz 3 GO LT findet entsprechend Anwendung. In Bezug auf die übrigen ständigen Ausschüsse gilt für die Parlamentarische Gruppe § 15 Absatz 8 GO LT entsprechend.
 2. Zu Ältestenratssitzungen, die Plenarsitzungen vorbereiten, kann ein Mitglied der Parlamentarischen Gruppe hinzugezogen werden.
 3. Die Parlamentarische Gruppe erhält das Recht, je Kalenderjahr bis zu zwei Aussprachen gemäß § 43 Nummer 2 GO LT zu beantragen.
 4. Für die Parlamentarische Gruppe gilt § 66 Absatz 4 GO LT mit der Maßgabe, dass die Mindestredezeit fünf Minuten beträgt.
 5. Für die Parlamentarische Gruppe gilt § 74 Nummer 2 und 3 GO LT entsprechend.
 6. Die Parlamentarische Gruppe erhält abweichend von § 84 Absatz 1 Satz 3 GO LT eine Grundredezeit von drei Minuten.
 7. § 84 Absatz 1a GO LT gilt für die Parlamentarische Gruppe entsprechend mit der Maßgabe, dass für die Parlamentarische Gruppe ein Grundbudget von zehn Minuten gilt, zuzüglich weiterer zwei Minuten Budget je Mitglied der Parlamentarischen Gruppe.
 8. § 84 Absatz 3 und 4 GO LT gilt für die Parlamentarische Gruppe mit der Maßgabe, dass die Grundredezeit jeweils auf 16 Minuten reduziert wird.
 9. Im Übrigen gilt für die Parlamentarische Gruppe die §§ 60 Satz 1, 76 Absatz 2, 82 Absatz 2 und 91 Absatz 1 GO LT entsprechend.
- IV. Die Parlamentarische Gruppe erhält Geld- und Sachleistungen für ihre parlamentarische Arbeit mit folgenden Maßgaben:
1. Die Geldleistung gemäß § 54 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 des Abgeordnetengesetzes wird mit der Einschränkung gewährt, dass sich der Grundbetrag auf 40 vom Hundert reduziert.
 2. Die Geldleistung gemäß § 54 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 des Abgeordnetengesetzes wird in voller Höhe entsprechend der Gruppenstärke von drei Mitgliedern gewährt.

3. Die Geldleistungen gemäß § 54 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 des Abgeordnetengesetzes wird mit der Einschränkung gewährt, dass sich der entsprechend der Gruppenstärke von drei Mitgliedern berechnete Betrag auf 25 vom Hundert reduziert.
4. Die Geldleistung gemäß § 54 Absatz 3 Satz 1 Nummer 4 des Abgeordnetengesetzes wird mit der Einschränkung gewährt, dass sich der Betrag auf 40 vom Hundert reduziert.
5. Die Parlamentarische Gruppe erhält die Sachleistungen nach § 54 Absatz 7 des Abgeordnetengesetzes in gleichem Umfang wie Fraktionen unter Berücksichtigung der Gruppenstärke von drei Mitgliedern.
6. Die Abgeordneten der Parlamentarischen Gruppe erhalten für die Teilnahme an Sitzungen der Gruppe eine Reisekostenentschädigung in entsprechender Anwendung des § 10 des Abgeordnetengesetzes.

Barbara Becker-Hornickel, MdL

René Domke, MdL

David Wulff, MdL

Begründung:

Zu Ziffer I

Die Antragsteller wurden von ihrer Partei, der Freien Demokratischen Partei, für die Landtagswahl 2021 aufgestellt und sind über diesen Wahlvorschlag in den Landtag eingezogen.

Zu Ziffer II

Die Antragsteller haben infolge des Verlustes des Fraktionsstatus der FDP-Landtagsfraktion am 12. Mai 2025 beschlossen, sich entsprechend ihren gleichgerichteten politischen Zielen zur Koordinierung der parlamentarischen Aktivitäten zusammenzuschließen. Sie haben in Absprache miteinander jeweils politische Schwerpunkte erwählt, um einerseits durch Spezialisierung ihre politische Arbeit zu qualifizieren und um sich andererseits gegenseitig auf Basis des gemeinsamen politischen Grundverständnisses zu unterrichten und sich so auch auf Abstimmungen außerhalb der eigenen Schwerpunkte vorzubereiten. Sie sind allesamt berechnete Mitglieder der Freien Demokratischen Partei.

Die Antragsteller kommen in den Plenar- und Ausschusswochen zu gemeinsamen Sitzungen zusammen, um Informationen auszutauschen und das gemeinsame parlamentarische Vorgehen für die jeweiligen Angelegenheiten zu besprechen.

Die Antragsteller betreiben eine abgestimmte Öffentlichkeits- und Pressearbeit und halten engen Kontakt zu den parteieigenen Gremien und den anderen parlamentarischen Fraktionen.

Der Zusammenschluss soll deshalb mit diesem Beschluss vom Landtag anerkannt und mit eigenen Rechten und Pflichten ausgestattet werden.

Zu Ziffer III

Sofern eine Parlamentarische Gruppe vom Parlament anerkannt wird, muss dieses über die zu gewährenden Befugnisse entscheiden. Eine Parlamentarische Gruppe als homogener Zusammenschluss mehrerer Abgeordneter, wie es für die Antragsteller hier der Fall ist, unterhalb der Fraktionsmindeststärke erbringt für den Parlamentsbetrieb grundsätzlich fördernde Leistungen, was eine Privilegierung gegenüber den fraktionslosen Abgeordneten rechtfertigt. Aufgrund ihrer geringeren Größe ist sie zwar augenscheinlich nicht im selben Umfang in der Lage, fraktionstypische Leistungen für das Parlament zu erbringen, aber es ist zu beachten, dass die Stärke der hier betreffenden Parlamentarischen Gruppe mit drei Abgeordneten sehr nah an der erforderlichen Zahl von vier Abgeordneten liegt, weshalb nicht von einer allzu großen Differenz in den parlamentarischen Aufgaben ausgegangen werden kann. Es besteht insoweit zwar ein verfassungsrechtlich ableitbares Abstandsgebot der Parlamentarischen Gruppe zu den Fraktionen einerseits, aber andererseits auch zu fraktionslosen Abgeordneten. Es ist daher eine parlamentsrechtliche Balance zwischen den Rechten von Fraktionen und fraktionslosen Abgeordneten zu finden, die sich wie folgt darstellen soll:

1. Für die grundlegende parlamentarische Arbeit sind die Mitgliedschaft sowie die Gestaltungsrechte in den Ausschüssen elementar. Die Parlamentarische Gruppe soll daher in Ausschüssen, in denen ihre Mitglieder beratend tätig sind, Regelungen für sich in Anspruch nehmen können, die ansonsten Fraktionen vorbehalten sind. Dazu gehören die Rechte, Sondersitzungen der Ausschüsse zu beantragen, Beratungsgegenstände für die Tagesordnung vorzuschlagen, die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten zu Beratungen hinzuzuziehen, eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter zu Ausschusssitzungen zu benennen, eine Anhörung für eine überwiesene Vorlage zu beantragen und ein Wortprotokoll zu beantragen. Für die Festlegung der Ausschüsse soll der Wunsch der Gruppe Berücksichtigung finden, sofern keine dringenden Gründe dagegensprechen. Sofern die Parlamentarische Gruppe einen eigenen Mitarbeiterstab haben kann und die Abgeordneten an jeder Ausschusssitzung teilnehmen dürfen, erscheint es folgerichtig, dass für diese Ausschusssitzungen ebenfalls Mitarbeiter benannt werden dürfen.
2. Eine verantwortliche und miteinander abgestimmte Vorbereitung auf die parlamentarische Arbeit, insbesondere auf die Plenarsitzungen des Landtages, erfordert frühzeitige Informationen und die Möglichkeit, eigene Sichtweisen und Interessen in die vorbereitende Willensbildung mit einzubringen. Sofern vom Ältestenrat gewünscht, kann deshalb ein Mitglied der Parlamentarischen Gruppe zu solchen Sitzungen hinzugezogen werden, die Plenarsitzungen vorbereiten. Dies erscheint insbesondere vor dem Hintergrund des gestaltungsoffenen Rederechts der Parlamentarischen Gruppe sinnvoll.

3. Auch die Parlamentarische Gruppe hat das Interesse, zu grundlegenden richtungsgebenden Themen eine Aussprache zu initiieren, ohne eine parlamentarische Beschlusslage herbeizuführen. Um dem Abstandsgebot zu Fraktionen Rechnung zu tragen, wird die Anzahl an möglichen Aussprachen auf zwei Aussprachen je Kalenderjahr begrenzt.
4. Die Abgeordneten der Parlamentarische Gruppe haben als Abgeordnetenrecht je drei Minuten Rederecht zur Aktuellen Stunde. Um eine Kontinuität in ihrer politischen Arbeit zu gewährleisten, ist es sinnvoll, diese Redezeit in einem Redner bündeln zu können. Anstatt der Grundredezeit für die Aktuelle Stunde in Höhe von zehn Minuten für Fraktionen gilt jedoch eine Grundredezeit von fünf Minuten.
5. Anträge zur Tagesordnung gehören zur grundlegenden Arbeit im parlamentarischen Betrieb und sollen daher auch von der Parlamentarischen Gruppe gestellt werden können. Im Vergleich zu Fraktionen soll die Parlamentarische Gruppe allein jedoch keine Dringlichkeitsanträge stellen sowie die Absetzung von Tagesordnungspunkten oder die Schließung der Sitzung beantragen können.
6. Um der gemeinsamen politischen Arbeit der Parlamentarischen Gruppe Rechnung zu tragen, soll es möglich sein, die Redezeit zu bündeln. Dabei wird die Grundredezeit auf drei Minuten festgesetzt.
7. Aufgrund der Spezialisierung der Parlamentarischen Gruppe ist es angebracht, sie mit einem eigenen Redezeitenbudget auszustatten, welches entsprechend der geringeren Mitgliederzahl anzupassen ist.
8. Für die Aussprachen zur Einbringung des Entwurfes des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplanes sowie zu Regierungserklärungen wird die Redezeit halbiert.
9. Die Geschäftsordnung enthält etliche spezifische Rechte, die lediglich Fraktionen gewährt werden, welche jedoch bedeutend in der täglichen Parlamentsarbeit sind. Die Parlamentarische Gruppe soll daher die Aufsetzung von Unterrichtungen auf die Tagesordnung verlangen können. Die Mitarbeiter der Parlamentarischen Gruppe sollen auch bei nicht öffentlicher Sitzung anwesend bleiben dürfen. Die Abgeordneten der Parlamentarischen Gruppe sollen auf Regierungserklärungen folgend das Wort ergreifen können. Die Parlamentarische Gruppe soll namentliche Abstimmung verlangen können.

Zu Ziffer IV

Sofern der Zusammenschluss anerkannt wird, verfügt dieser über einen besonderen parlamentsrechtlichen Status. Daraus folgt auch ein Anspruch auf eine angemessene Ausstattung mit personellen und sachlichen Mitteln, wenn diese auch Fraktionen gewährt werden. Abweichend von Fraktionen hat die Parlamentarische Gruppe ein eingeschränktes Aufgabenspektrum, weshalb die Leistungen entsprechend anzupassen sind. Ebenfalls ist hier das parlamentarische Abstandsgebot hin zu den Leistungen an Fraktionen zu beachten. Konkret ergibt sich daraus Folgendes:

1. Der Grundbetrag, den Fraktionen erhalten, wird unter der Einschränkung gewährt, dass lediglich 40 vom Hundert geleistet werden. Dies ist angemessen, um die grundsätzliche Arbeitsfähigkeit der Parlamentarischen Gruppe herzustellen.

2. Die Differenzierung im Rahmen einer zu gewährenden Pauschale je Mitglied der Gruppe erfolgt bereits durch die reduzierte Mitgliederzahl im Verhältnis zu Fraktionen, weshalb diese in voller Höhe gewährt werden soll.
3. Die Geldleistungen im Rahmen des Spezialisierungszuschlages dienen dem Ausgleich des Nachteils kleinerer Gruppierungen, sich in ihrer parlamentarischen Arbeit spezialisieren zu können. Diese sollen daher auch an die Parlamentarische Gruppe geleistet werden, jedoch unter der Berücksichtigung, dass diese lediglich in vier der neun ständigen Ausschüsse vertreten ist.
4. Die Parlamentarische Gruppe gehört zweifellos zur Opposition, insofern soll ihr auch der Oppositionszuschlag gewährt werden. Um dem Abstandsgebot Rechnung zu tragen, ist er zu reduzieren.
5. Für die grundlegende parlamentarische Arbeit sollen der Parlamentarischen Gruppe die notwendigen Büroräume sowie eine grundlegende technische Ausstattung gewährt werden. Im Vergleich zu Fraktionen ist diese an die geringere Anzahl von Abgeordneten sowie Mitarbeitern anzupassen.
6. Die Antragsteller kommen ebenso wie die Abgeordneten anderer Fraktionen regelmäßig zu Sitzungen zusammen, um die gemeinsame Arbeit zu koordinieren. Für diese gemeinsamen Sitzungen soll daher eine entsprechende Wegstreckenentschädigung geleistet werden.